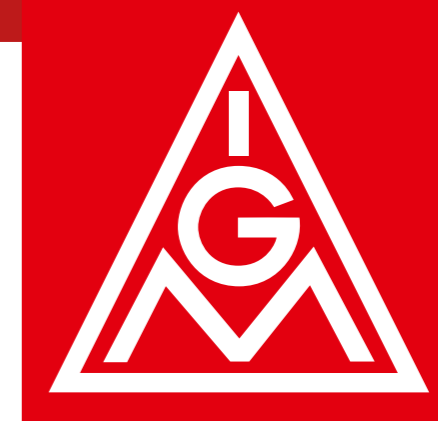


70 Jahre

IG Metall Hannover (1945–2015)



| Hannover

1945–1960

Der erste Streik

Am 21. November 1946 verweigerten die 320 Beschäftigten der Firma Bode-Panzer ihre Arbeit. Trotz der elenden Lebensbedingungen nach dem Zweiten Weltkrieg ging es ihnen nicht um höhere Löhne. Sie verlangten die direkte betriebliche Mitbestimmung – gegen den Willen der Unternehmensführung und die politischen Ziele der britischen Besatzungsmacht. Es war der erste Streik seit Kriegsende.

Der Panzerschrankhersteller Bode-Panzer in Hannover war nicht irgendeine Firma. Ihr Besitzer Hermann Bode war zugleich der Vorsitzende des deutschen Metallindustrieverbandes. Ein Erfolg gegen ihn versprach deutschlandweite Aufmerksamkeit. Die Allgemeine Gewerkschaft unterstützte daher die Arbeiter im Ausstand. Ihre Wirtschaftsgruppe Metall um Otto Brenner übernahm die Streikleitung.



Wollte „Herr im eigenen Haus“ bleiben: Hermann Bode

Nach dreieinhalb Wochen war es soweit. Bode-Panzer musste am 14. Dezember 1946 der vollen Mitbestimmung zustimmen: Bei Einstellungen, Versetzungen, Entlassungen, Beförderungen und auch bei der Produktion und Firmenstrategie brauchte das Management nun das Einverständnis des Betriebsrates. Andere Unternehmen nahmen sich diese Einigung zum Vorbild. Auf Dauer ließ sich eine weitgehende betriebliche Mitbestimmung aber nur in der Montanindustrie durchsetzen.



Hannover in Trümmern



Hannovers Gewerkschaften im Kampf um die Mitbestimmung

Der „Eiserne Otto“



Bezirksleiter der IG Metall Hannover: Otto Brenner

Mit 10 Jahren Botenjunge, mit 14 Hilfsarbeiter in der Fabrik und mit 15 eine fast ruinierte Gesundheit: Otto Brenner kannte das Los vieler Industriearbeiter von Kindheit an, aber er fand sich nicht damit ab.

Schon als Jugendlicher engagierte er sich in der Gewerkschaft. Er wurde Vertrauensmann und Betriebsrat. Im Nationalsozialismus saß er als Aktivist der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zwei Jahre im Gefängnis. Als nach dem Zweiten Weltkrieg Gewerkschaften wieder erlaubt wurden, war Brenner dabei. 1946 organisierte er den Bode-Panzer-Streik in Hannover mit, den ersten Streik nach Kriegsende in ganz Deutschland. Dies förderte seinen Aufstieg: 1947 wurde er Bezirksleiter der späteren IG Metall in Niedersachsen.

Seit 1952 lenkte der zeitweilige SPD-Landtagsabgeordnete (1951–1954)

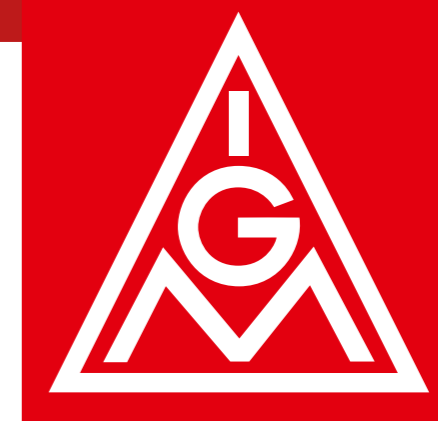
die IG Metall mit dem gleichberechtigten Vorsitzenden Hans Brümmer auch in der gesamten Bundesrepublik. Ab 1956 bis zu seinem Tod am 15. April 1972 war er alleiniger Vorsitzender. Brenner setzte sich nicht nur für die westliche Demokratie als politisches System ein, sondern verlangte auch die Demokratisierung der Wirtschaft. Sozialisierungen blieben stets sein langfristiges Ziel. In der Öffentlichkeit erschien der „Eiserne Otto“ damit als markantester Gewerkschaftsvorsitzender, Bundeskanzler Adenauer nannte ihn den Staatsfeind Nr. 1. In seiner Heimatstadt hatte sich Brenner 1946–1953 zudem als Ratsherr engagiert. Hier stand er dem Schulausschuss vor, der unter seiner Leitung 1952 den Bau des Berufsschulzentrums am Waterlooplatz beschloss. Die dortige Berufsbildende Schule für Metall- und Elektrotechnik trägt heute Brenners Namen.



Otto Brenner spricht auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall 1954 in Hannover.

70 Jahre

IG Metall Hannover (1945–2015)



| Hannover

1960–1970

Hannovers „Wirtschaftswunder“

Enormes Wachstum und rosige Zukunftserwartungen prägten das deutsche „Wirtschaftswunder“. Eines seiner Symbole entstand in Hannover: der „Bulli“ – oder offiziell VW Transporter T. Der Bulli war das Kernprodukt der VW-Nutzfahrzeuge, des wichtigsten industriellen Arbeitgebers der Stadt. In der damals größten Fabrikhalle Europas wurde er seit 1956 gefertigt.

Es überrascht daher nicht, dass VW zum wichtigsten Arbeitsfeld der IG Metall Hannover aufstieg. Aber Hannover war mehr als nur VW. Zu den organisationspolitischen Säulen der IG Metall gehörten weitere wichtige Industriebetriebe: Das größte Aluminium-Halbzeugwerk Westdeutschlands betrieben etwa die Vereinigten Leichtmetallwerke. Mit 2.000 Beschäftigten belieferten sie vor allem Flug- und Fahrzeughersteller. Eine Vorzeigefirma war der traditionsreiche Nutzfahrzeughersteller Hanomag. Mit zeitweise 10.000 Arbeitern und Angestellten produzierte er 1961 seinen 100.000. Lkw und 1964 seinen 250.000. Schlepper.



Telefunken-Radio

Der aufsehenerregendste Erfolg gelang aber wahrscheinlich in Ricklingen. Im dortigen Werk des Technikproduzenten Telefunken sorgte der Fernsehponier Walter Bruch für einen internationalen Durchbruch: Er entwickelte 1962 mit dem PAL-System das bis dahin modernste Farbfernsehprogramm. 1967 wurde PAL in der Bundesrepublik und anschließend in 100 verschiedenen Staaten eingeführt.



VW-Betriebsgelände



Hanomag-Betriebsgelände

Basisdemokratie mit „Roten Punkten“



Extrablatt zum Roten Punkt

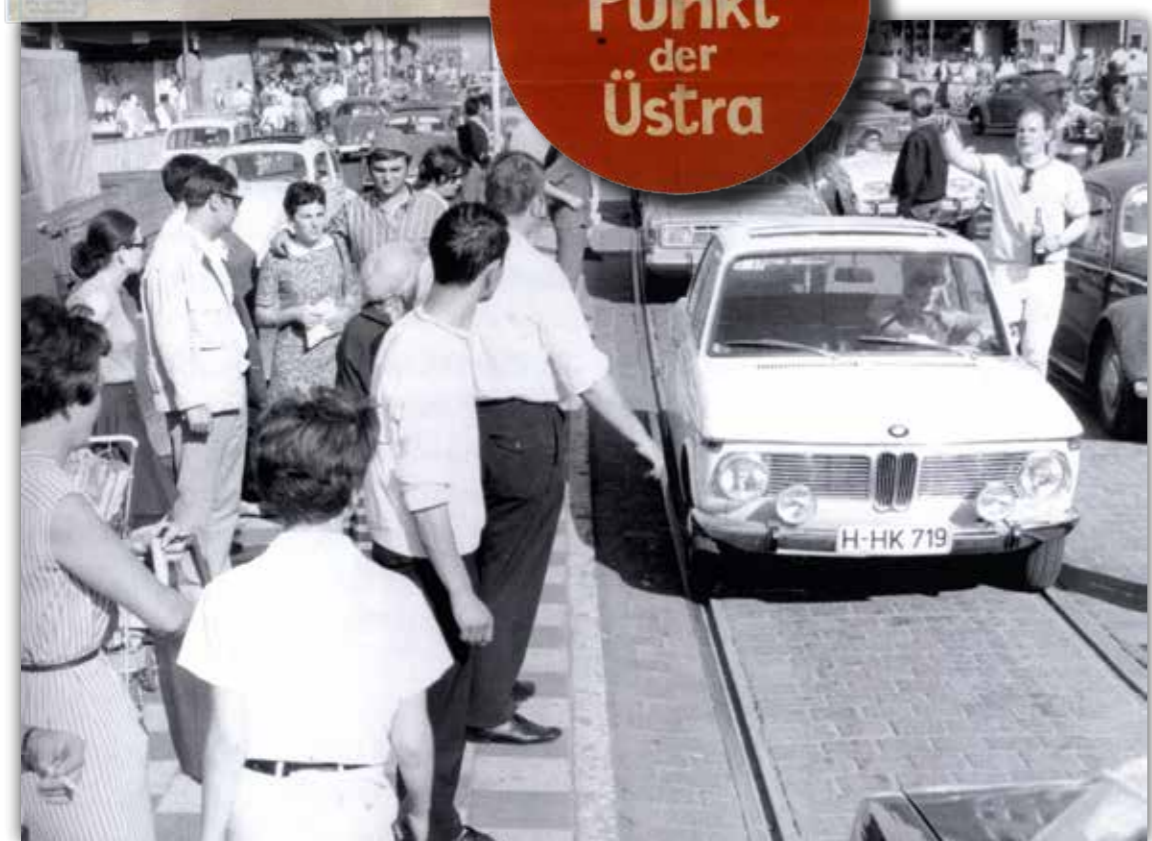
Im Frühling 1969 triumphierte in Hannover die Basisdemokratie. Der Auslöser schien denkbar trivial: Die Nahverkehrsgesellschaft Üstra hatte die Fahrpreise erhöht – ohne auf Widerspruch bei Parteien und Gewerkschaften zu stoßen. Dies empörte einige Hundert Schüler, Studierende und Lehrlinge. Am 7. Juni blockierten sie die Straßenbahngleise. Die Polizei sah einige Tage zu, dann reagierte sie mit Gewalt. Schlagstöcke und Tränengas wurden gegen die Demonstranten eingesetzt.



Polizeiinsatz gegen Demonstranten

Doch „Ruhe und Ordnung“ kehrten nicht wieder ein. Am 11. Juni 1969, einen Tag nach den Übergriffen, solidarisierten sich bis zu 10.000 Menschen mit dem Protest. Der Polizeipräsident zeigte sich überrascht, „dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der Demonstranten nicht aggressiv war“. Die Polizei zog sich zurück, doch es kam zu keiner Anarchie. Im Gegenteil: Die Bewohner nahmen den Nahverkehr selbst in die Hand. Federführend war das Aktionsbündnis um die Studentenvertretungen.

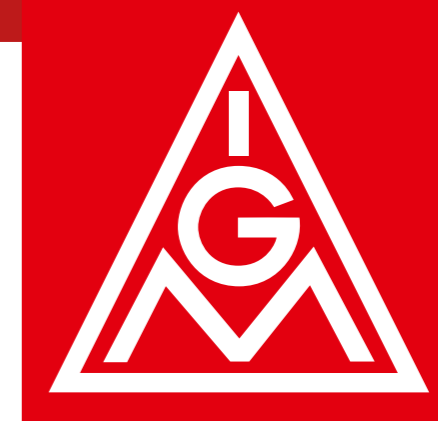
In kürzester Zeit bot fast jeder zweite Autofahrer in Hannover seinen Pkw als Mitfahrgelegenheit an. Als Orientierung diente ein roter Punkt auf der Windschutzscheibe. Zahlreiche Betriebsräte und insbesondere die IG Metall unterstützten die Kampagne. Der Erfolg war überwältigend. Menschen kamen pünktlich zur Arbeit, obwohl keine Straßenbahn fuhr. Nach einer Woche verzichtete die Stadt auf die Preiserhöhung und überführte die Üstra bis 1970 in kommunalen Besitz.



Spontane Taxis

70 Jahre

IG Metall Hannover (1945–2015)



| Hannover

1970–1980

Hannover empfängt zum 11. Gewerkschaftstag der IG Metall (15.–21. September 1974)

Als die IG Metall im September 1974 zum 11. Gewerkschaftstag nach Hannover lud, gab es viel zu feiern. In erfolgreichen Arbeitskämpfen hatte man hohe Lohnsteigerungen durchgesetzt. Die Reallöhne wuchsen sogar schneller als die Produktivität der Wirtschaft. Und dies machte Eindruck auf die Beschäftigten: Die westdeutschen Gewerkschaften gewannen seit 1969 eine Million Mitglieder hinzu. Allein der IG Metall gehörten 1974 insgesamt 2,5 Millionen Menschen an, 53.800 davon in Hannover.



Willy Brandt

Der Gewerkschaftstag in der Welfenstadt symbolisierte daher auch die gewachsene Macht der IG Metall. Dies ließ sich an der Prominenz der Gäste ablesen. Unter anderem diskutierten der neu gewählte Bundeskanzler Helmut Schmidt und CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf mit dem Zweiten Vorsitzenden der IG Metall, Hans Mayr, vor den Delegierten aus dem ganzen Bundesgebiet.

Besonderer Jubel erfüllte den Gewerkschaftstag, als am 16. September Ex-Kanzler Willy Brandt zu Besuch kam. Seine sozialliberale Koalition hatte nicht nur eine Wende in der Ostpolitik eingeleitet und für eine demokratische Aufbruchstimmung in der Bevölkerung gesorgt, sondern auch die Rechte der Betriebsräte in personellen und sozialen Angelegenheiten gestärkt.



Helmut Schmidt

Die erste Wirtschaftskrise

Die 70er-Jahre bedeuteten aber auch das Ende des stetigen wirtschaftlichen Wachstums. In der „Ölpreiskrise“ verringerten die Erdöl fördernden Länder das Angebot an Rohöl. Dadurch stiegen in den Industrieländern die Preise für Produkte wie Benzin und Diesel. Die Inflation nahm zu und eine wirtschaftliche Krise begann. In Hannover war dies besonders zu spüren, da die Stadt überdurchschnittlich von der Kraftfahrzeugindustrie abhing. Ferner ließ die fortschreitende Automatisierung die Arbeitslosigkeit ansteigen. Besonders in der Industrie wurden Arbeitsplätze überflüssig.

Hatte die Belegschaft von VW-Nutzfahrzeuge 1971 mit 28.509 Beschäftigten noch einen absoluten Höchststand erreicht, nahm sie seitdem kontinuierlich ab. 1974 kam es erstmals zu einem größeren

Stellenabbau. Die Unternehmensführung einigte sich mit dem Gesamtbetriebsrat auf einen Sozialplan: In Hannover und anderen Standorten schrumpfte die Mitarbeiterzahl durch vorzeitige Pensionierungen, innerbetriebliche Umsetzungen und Aufhebungsverträge mit Arbeitern und Angestellten.

Für den Hannoveraner Traditionsbetrieb Eisenwerk Wülfel bedeutete die Krise im Jahr 1975 sogar das endgültige Aus. Der 1882 gegründete Maschinenhersteller musste Konkurs anmelden. Etliche Mitarbeiter fanden jedoch kurz darauf eine Beschäftigung bei der MAN-Tochter Renk AG, die in Hannover ein neues Werk für Antriebstechnik errichtete.



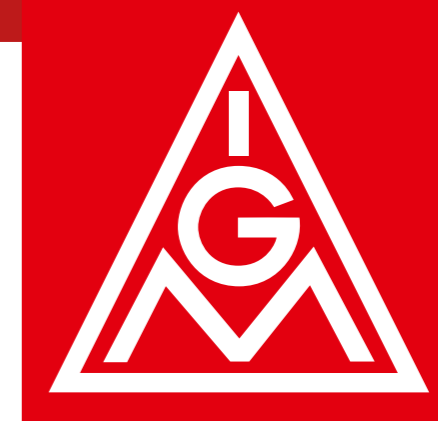
Demonstration von Hanomag-Beschäftigten 1972



Historische Aufnahme Eisenwerk Wülfel

70 Jahre

IG Metall Hannover (1945–2015)



| Hannover

1980–1990

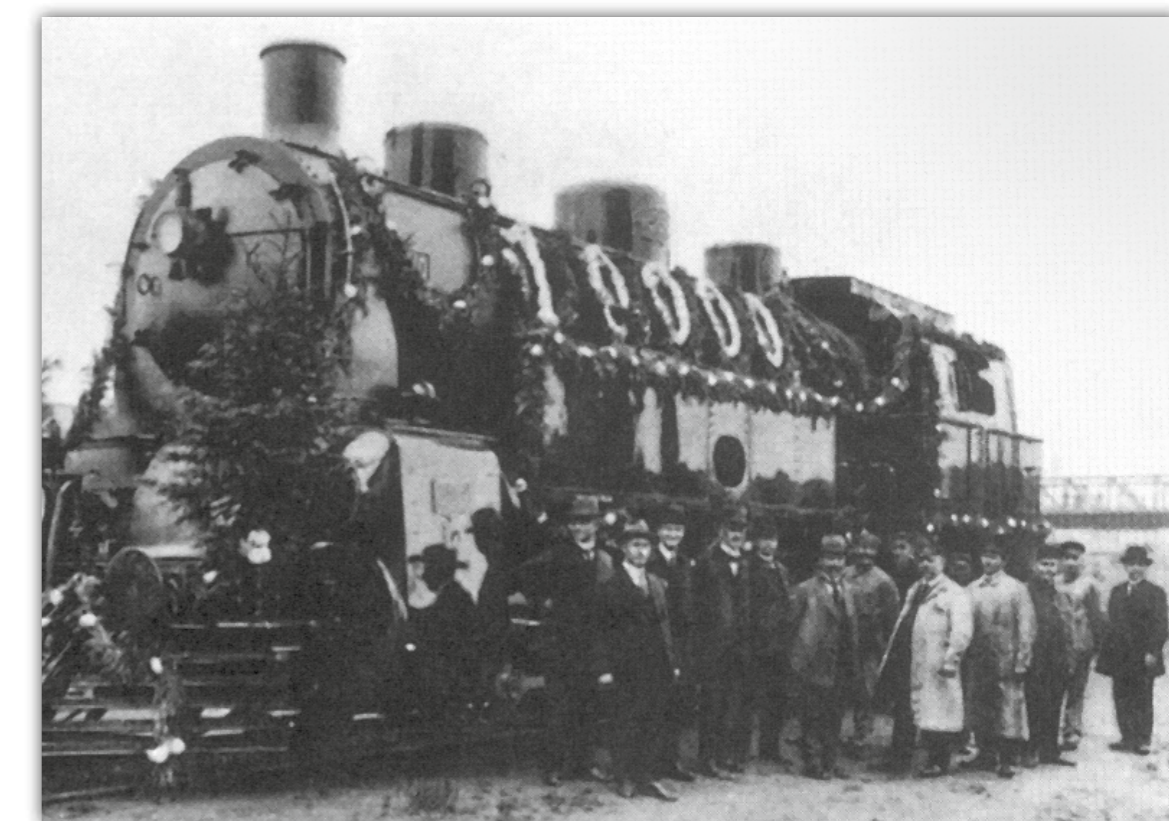
Die schwierigen 80er-Jahre – Niedergang bei Hanomag und Telefunken

Die Strukturkrise der westdeutschen Industrie Anfang der 80er-Jahre machte vor Hannovers Traditionsunternehmen nicht halt. Schwer traf es mit Hanomag auch ein wichtiges Standbein der IG Metall. Dort hatten unter anderem die aus Hannover stammenden Ersten Vorsitzenden, Otto Brenner und Jürgen Peters, ihre Lehrzeit absolviert.



Demonstration von Telefunken-Beschäftigten 1983

Hanomag hatte schon in den 70er-Jahren geschwächt, nachdem die Konzernmutter Rhein Stahl die Produktpalette auf Baumaschinen reduziert hatte. Trotz wechselnder Investoren und 150 Millionen DM öffentlicher Fördergelder musste Hanomag 1983 Konkurs anmelden. Die IG Metall kämpfte darum, die Produktion aufrechtzuerhalten: Mehrere Tage lang hielten Beschäftigte das Werk tor besetzt, um den Abtransport von Material durch Gläubigerfirmen zu verhindern. Zwar konnte die Produktion 1984 tatsächlich wieder aufgenommen werden. Doch von den einst 10.000 Beschäftigten blieben nur noch 400 übrig. Seit 1990 gehört der Maschinenhersteller zum japanischen Konzern Komatsu Ltd.



Hanomag-Lok

Walter Bruchs berühmter Telefunken-Standort verschwand sogar ganz aus Hannovers Wirtschaftsleben. Nach zahlreichen Krisen bei Telefunken und der Konzernmutter AEG verkaufte das Unternehmen die Produktionsstätte in Ricklingen 1983/84 an den französischen Staatskonzern Thomson-Brandt. Dieser favorisierte aber günstigere Standorte in Fernost anstelle von Hannover. 1992 musste das ehemalige Telefunken-Werk endgültig schließen.

Auf dem Weg zur 35-Stunden-Woche

Massenarbeitslosigkeit wurde in den 80er-Jahren zum Alltag. Die Bundesregierung wollte sie durch ein höheres Wirtschaftswachstum überwinden. Doch der aufmerksame Betrachter bemerkte, dass Wirtschaftswachstum allein die Arbeitslosigkeit nicht mehr beseitigen konnte. Selbst in der ökonomisch günstigen Situation Ende der 80er-Jahre gab es in der Bundesrepublik konstant zwei Millionen Menschen ohne Beschäftigung.



Demonstration gegen Sozialabbau 1982

Die IG Metall setzte daher auf das Mittel Arbeitszeitverkürzung. Schon in den 60er-Jahren hatte die Gewerkschaft die wöchentliche Arbeitszeit von höchstens 40 Stunden durchgesetzt. Nun wollte sie den nächsten Schritt tun: Die 35-Stunden-Woche sollte bisherige Arbeitsplätze erhalten und neue sichern.

Diese Forderung stieß auf erheblichen Widerstand bei Bundesregierung und Arbeitgeberverbänden. Bundeskanzler Kohl nannte die 35-Stunden-Woche „dumm, absurd und töricht“. Es kam zu harten Arbeitskämpfen. In Hannover konnten Tausende Be-

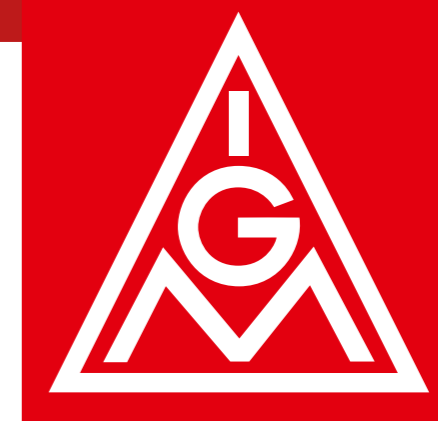


Aktion 35-Stunden-Woche

schäftigte wegen Produktionsausfällen nicht weiterarbeiten. Infolge einer Gesetzesänderung verweigerte die Bundesanstalt für Arbeit diesen Arbeitnehmern die Auszahlung von Kurzarbeitergeld, was den Druck auf die Gewerkschaften verschärfte. Dennoch setzte die IG Metall den Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung durch. Bis 1995 wurde das Ziel 35-Stunden-Woche in der gesamten westdeutschen Metallindustrie erkämpft.

70 Jahre

IG Metall Hannover (1945–2015)



| Hannover

1990–2000

Kampf dem Sozialabbau

20.000 Menschen demonstrierten am 7. November 1992 in Hannover unter dem Motto „So nicht, Deutschland“. Gemeinsam mit den Oppositionsparteien SPD und Grüne hatte die IG Metall zu diesen Protesten aufgerufen: Sozialkürzungen, die die Bundesregierung unter Helmut Kohl plante, wollte man verhindern. Ein Knackpunkt war die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Um einen angeblichen Missbrauch zu beenden, sollten Arbeitnehmer an Krankheitstagen nur noch 80 Prozent ihres Lohns erhalten oder ihre Fehlzeiten mit Urlaub ausgleichen. Am 13. September 1996 wurde diese Regelung gesetzlich festgelegt.



Demonstration für Lohnfortzahlung im Krankheitsfall 1996

Die IG Metall stemmte sich dagegen, doch ihre Lage war nicht einfach. Betriebsschließungen und Produktionsverlagerungen sorgten für einen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Auch in Hannover gingen Hunderte Arbeitsplätze verloren. In der Folge sank die Mitgliederzahl, die seit den 70er-Jahren in der Verwaltungsstelle konstant bei 50.000 Arbeitnehmern gelegen hatte, um fast 14 Prozent.

Doch trotz ihrer Probleme kämpfte die Gewerkschaft in den 90er-Jahren mit Erfolg: Am 5. Dezember 1996 einigte sich die IG Metall mit den Arbeitgebern auf die 100-prozentige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Auch in Hannover hatten Beschäftigte sich mit Warnstreiks und Demonstrationen hierfür eingesetzt. Zwei Jahre später hob die neue rot-grüne Bundesregierung die gesetzliche Einschränkung der Lohnfortzahlung wieder auf.



Demonstration gegen Sozialabbau 1992

Pilotprojekt für Beschäftigung – Arbeitszeitverkürzung sichert Arbeitsplätze

Zunächst sah es Anfang der 90er-Jahre so aus, als müsste der Autobauer Volkswagen Zehntausende Beschäftigte entlassen. Doch in diesem Fall konnten IG Metall und Arbeitgeber gemeinsam eine sozialverträgliche Lösung finden, die auch noch Schule machen sollte: die Vier-Tage-Woche mit Arbeitsplatzgarantie.

Am 25. November 1993 einigte sich die Gewerkschaft mit VW auf dieses bis dato unbekannte Modell. Durch Absenkung der Arbeitszeit aller 100.000 VW-Mitarbeiter auf 28,8 Stunden, also die 4-Tage-Woche, wurde eine Massenentlassung verhindert. Betriebsbedingte Kündigungen waren ausgeschlossen und durch ge-



Urabstimmung zur Beschäftigungssicherung 1994

schickte Kürzungen von Sonder-

zulagen blieb den Beschäftigten der Monatslohn erhalten. Eine besondere Rolle spielte in diesem Zusammenhang der Hannoveraner Jürgen Peters, der die Verhandlungen führte und später das Amt des Ersten Vorsitzenden ausübte.

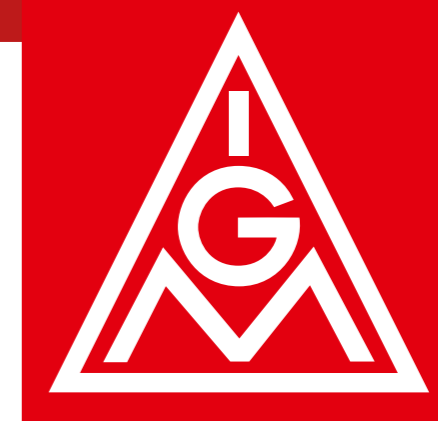
Einige Monate danach, im Frühjahr 1994, setzte die IG Metall in ganz Niedersachsen einen Tarifvertrag durch, der sich am VW-Modell orientierte. Beschäftigung wurde durch Arbeitszeitverkürzung gesichert und Auszubildende mussten für mindestens sechs Monate von ihrem Betrieb übernommen werden. In den folgenden Jahren führten zahlreiche Betriebe in ganz Deutschland entsprechende Vereinbarungen immer wieder erfolgreich ein.



Nach erfolgreicher Verhandlung: Jürgen Peters und Jochen Schumm von VW

70 Jahre

IG Metall Hannover (1945–2015)



| Hannover

2000–2010

20. Gewerkschaftstag in Hannover (14.–18. Oktober 2003)

Der 20. Gewerkschaftstag fand nach fast 30 Jahren wieder in Hannover statt und der neue Erste Vorsitzende Jürgen Peters war ein Hannoveraner. Doch zum Feiern war nur wenigen zumute. Der Versuch der IG Metall, die 35-Stunden-Woche auch auf die ostdeutsche Metallindustrie auszuweiten, war kurz zuvor gescheitert. Der Streik musste abgebrochen werden. Jürgen Peters und der baden-württembergische Bezirksleiter Berthold Huber lieferten sich zudem eine öffentliche Auseinandersetzung um den Ersten Vorsitz. Die Geschlossenheit der Gewerkschaft stand auf dem Spiel.



Jürgen Peters



Demonstration für die Tarifautonomie

Doch schließlich raufte sich die Führung zusammen. Peters wurde für den Ersten Vorsitz nominiert und Huber für die Stellvertretung. Die Delegierten hatten dieser Lösung Ende August 2003 zugestimmt, doch ihren Unmut demonstriert: Peters und Huber erhielten nur zwei Drittel aller Stimmen, obwohl sie keine Gegenkandidaten hatten.

Auf dem Gewerkschaftstag in Hannover nahmen die Delegierten die politische Arbeit aber wieder auf. Die sozialen Einschnitte der rot-grünen Regierung lehnten sie einhellig ab, auch wenn sie Hartz IV nicht verhindern konnten. Langfristig erfolgreich war hingegen die Verteidigung ureigener Gewerkschaftsrechte. Eine Aufweichung der Tarifautonomie – von CDU und FDP angestrebt – kam nicht zustande.

Das gemeinsame Gewerkschaftshaus der IG Metall

Anfang August 2004 war es endlich soweit: Die Verwaltungsstelle der IG Metall Hannover (Heute: IG Metall Geschäftsstelle Hannover) bezog das neue Gebäude am Postkamp 12. Während des Umbaus hatte man zuvor drei Jahre lang in die Hildesheimer Straße ausweichen müssen. Grundsteinlegung, Richtfest und ein monatelanger Baustopp waren der Fertigstellung vorausgegangen.



Das neue Gewerkschaftshaus

Die Besonderheit des neuen Hauses: Die Verwaltungsstelle kehrte nicht allein zurück. In der dritten und vierten Etage des Neubaus ist seit 2004 auch die Bezirksleitung der IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Diese konzeptionell bewusste Zusammenführung in einem Gewerkschaftshaus gibt es nur in Hannover. Beide Organisationseinheiten stehen nämlich für unterschiedliche Aufgaben. Die Verwaltungsstelle organisiert die Basisarbeit und berät die 37.000 Mitglieder und 140 Betriebsratsgremien sowie die Vertrauensleute und Vertreter der Jugendlichen, Auszubildenden und Schwerbehinderten. Hingegen wird die Bezirksleitung vom Vorstand in Frankfurt am Main eingesetzt und handelt unter anderem Tarifverträge für die Metall- und Elektroindustrie, die Volkswagen AG sowie die Handwerks-, Textil- und Holzbranche in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt aus. Unter dem gemeinsamen Dach am Postkamp hat sich zudem auch die IG Metall-Jugend besondere Räumlichkeiten geschaffen.



Vor der künstlerisch gestalteten Glasfront des IG Metall Hauses (v. l.):

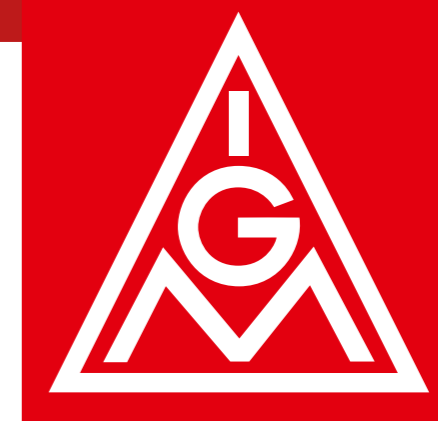
Hartmut Meine, Bezirksleiter der IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Pia Pachauer, Zweite Bevollmächtigte der IG Metall Hannover

Dirk Schulze, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Hannover

70 Jahre

IG Metall Hannover (1945–2015)



| Hannover

2010–2015

Hannover als Hochburg des 1. Mai



1.-Mai-Kundgebung vor dem Rathaus 1964

Die Geschichte des 1. Mai als Tag der Arbeiterbewegung begann am 14. Juli 1889 in Paris. Zum 100. Jahrestag der Französischen Revolution trafen sich 400 Sozialisten aus aller Welt zur II. Internationale. Eine ihrer großen Aufgaben war es, für die Einführung des 8-Stunden-Tages zu kämpfen. Hierfür beschlossen die Delegierten jährliche Massendemonstrationen zu organisieren, die stets am 1. Mai stattfinden sollten. In Hannover nahmen schon bei der Auftaktveranstaltung 1890 Zehntausende Menschen teil.

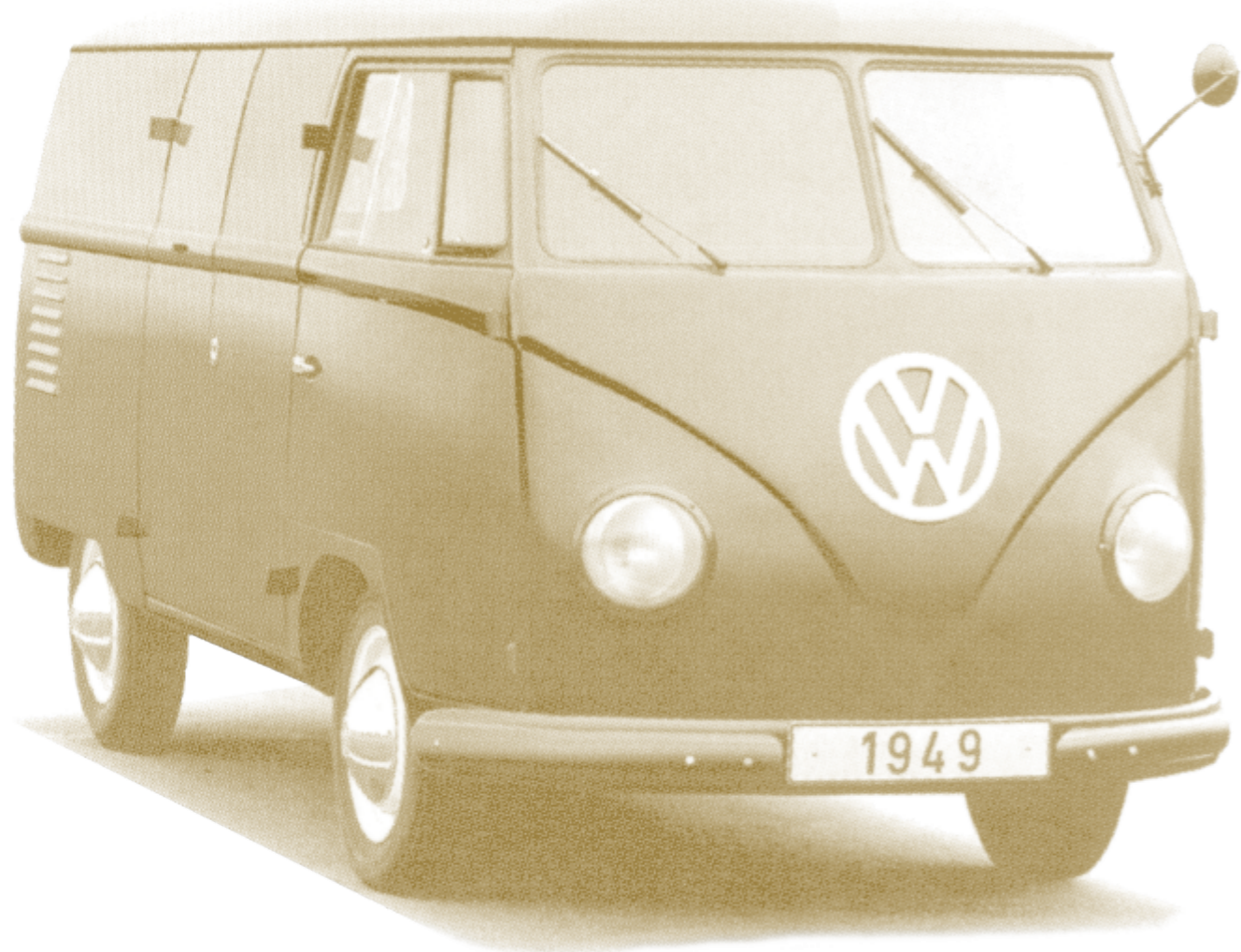
Nach 1945 wurde der 1. Mai in der Bundesrepublik ein gesetzlicher Feiertag. Der gewerkschaftliche Protest litt jedoch darunter. Immer mehr Menschen nutzten den Tag lieber zur individuellen Freizeitgestaltung. In Hannover blieb die Beteiligung an den Mai-Kundgebungen aber überdurchschnittlich – Zehntausende Beschäftigte demonstrierten.



Bunt statt Braun 2015

Seit einigen Jahren haben DGB und IG Metall den 1. Mai zu einem „Fest der Demokratie“ erweitert. Andere gesellschaftliche Akteure wie Parteien und verschiedene Glaubensrichtungen nehmen daran teil. Auslöser hierfür war die Aktion „Bunt statt Braun“: Rechtsradikale Aufmärsche, die den 1. Mai 2009 vereinnahmen wollten, wurden durch ein breites Bündnis von Gewerkschaften und anderen Organisationen verhindert.

60 Jahre „Bulli“ in Hannover



VW-„Bulli“

Seit 1956 wird der „Bulli“ genannte VW-Transporter in Hannover gefertigt. Wie der Käfer im Privatgebrauch feierte der „Bulli“ als Nutzfahrzeug einen beispiellosen Siegeszug. Er war robust, günstig und wirtschaftlich. Man konnte ihn als Kleinbus für neun Personen verwenden und als Pritschen- oder Kastenwagen zum Transport von bis zu einer Tonne Nutzlast. Bereits am 2. Oktober 1962 lief der millionste „Bulli“ im Werk Stöcken vom Band.

Der „Bulli“ dominierte nicht nur in der Bundesrepublik den Markt für Kombinations- und Lieferfahrzeuge. Bereits in den 50er-Jahren war seine Produktion auf den globalen Export ausgelegt. Wegen des großen Erfolgs stellte Volkswagen 1967 der Öffentlichkeit eine neue Transporter-Version T2 vor. Mittlerweile verkauft VW die Version T6. Anders als der ursprüngliche „Bulli“ zielen seine modernen Nachfolger nicht nur auf den gewerblichen Bereich, sondern auch auf Privatkunden.



Endbänder im VW-Transporterwerk 60er-Jahre

Dank des Bestsellers „Bulli“ sind die VW-Nutzfahrzeuge bis heute der wichtigste Betrieb der IG Metall Hannover. Hier hat die IG Metall Geschäftsstelle ihre ausgeprägtesten Strukturen und ihre meisten Mitglieder. Auch im Ortsvorstand stellt VW-Nutzfahrzeuge mit fünf der insgesamt 17 Vertreter die größte Zahl.

Otto Brenner (1907–1972) – ein Leben für die Arbeiterbewegung



Otto-Brenner-Fassade am Postkamp 12

„Nicht Ruhe, nicht Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht, sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit.“

Als der 14-jährige Otto Brenner 1922 der Metallarbeitergewerkschaft beitrug, kannte er wenig mehr als die elenden Lebensbedingungen vieler Industriearbeiter. Seine Eltern konnten die sechsköpfige Familie kaum ernähren. Brenner half daher seit seinem 10. Lebensjahr als Botenjunge aus. Mit 14 hatte er die Volksschule verlassen und weil eine Lehrstelle Geld kostete, wurde er Hilfsarbeiter. Giftige Fabrikdämpfe machten ihn krank. Als er bei einem Streit mit einem Vorgesetzten die Gewerkschaft um Hilfe bat, verlor er seinen Job.

1925 konnte er endlich eine Ausbildung machen. Brenner wurde Betriebselektriker beim Hannoveraner Traditionsunternehmen Hanomag. Ehrenamtlich engagierte er sich dort als Vertrauensmann seiner Abteilung. Wie der Vater war er seit 1926 auch SPD-Mitglied.

Brenner sah die Gefahr, die Anfang der 30er-Jahre durch den Aufstieg der Nationalsozialisten drohte. Er trat 1932 der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) bei, die als linke Alternative zur SPD die Spaltung der Arbeiterbewegung in Sozialdemokraten und Kommunisten überwinden wollte.

Doch die Erwartungen erfüllten sich nicht. Die SAP blieb nur eine Splitterpartei und infolge der Weltwirtschaftskrise verlor er im Zuge einer Massenentlassung 1931 auch seinen Arbeitsplatz.

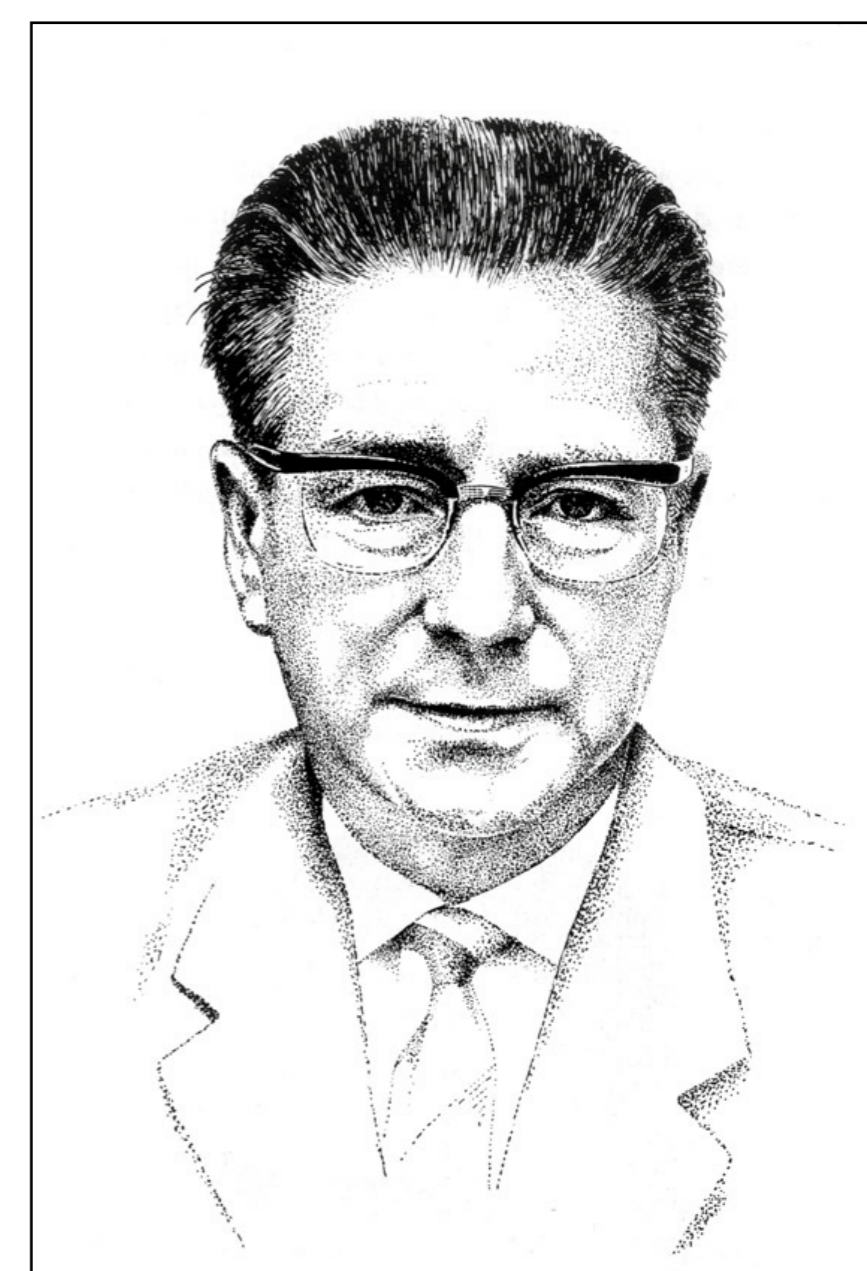
Nach Hitlers Machtübernahme engagierte sich Brenner für die SAP im Untergrund. Er wurde nach wenigen Monaten gefasst und saß zwei Jahre im Gefängnis. Anschließend entging er weiteren Verhaftungen und fand wieder Arbeit als Elektromonteur bei der kleinen Hannoveraner Montagefirma Meyer & Biedermann.

Nach Kriegsende 1945 kehrte Brenner in die SPD zurück und trat der neu gegründeten „Allgemeinen Gewerkschaft“ bei. Dort übernahm er 1946 eine hauptamtliche Stelle in der Wirtschaftsgruppe Metall und konnte sich erstmals mit Frau und Tochter eine eigene Wohnung leisten.

Brenner beteiligte sich 1946 an der Organisation des Bode-Panzer-Streiks, des ersten Streiks nach Kriegsende in Deutschland. Erfolgreich kämpfte er zudem für eine eigenständige Industriegewerkschaft Metall, die nicht nur die Fachgruppe einer zentralistischen Einheitsgewerkschaft sein sollte. 1947 wurde er Hannoveraner Bezirksleiter der späteren IG Metall und saß von 1951 bis 1954 für die SPD auch im Niedersächsischen Landtag.

Anfang der 50er-Jahre stieg Brenner zur Bundesspitze der IG Metall auf. Von 1952 bis 1956 war er gemeinsam mit Hans Brümmer gleichberechtigter Erster Vorsitzender und von 1956 bis zu seinem Tod am 15. April 1972 alleiniger Leiter der westdeutschen IG Metall. Da eine Demokratisierung der Wirtschaft in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft nicht durchsetzbar war, wollte er die Teilhabe der Arbeitnehmer über eine expansive Lohnpolitik verbessern. Dieses Ziel machte er zum zentralen Inhalt des DGB-Aktionsprogramms, das seine Handschrift trug und das er 1955 durchsetzen konnte.

Prägnanter als andere Gewerkschaftsfunktionäre forderte Brenner als Lehre aus dem Nationalsozialismus die Demokratie in Gesellschaft und Wirtschaft. Die Sozialisierung der Produktionsmittel blieb für ihn das langfristige Ziel. Gleichzeitig distanzierte sich der linke Sozialdemokrat Brenner eindeutig von der DDR. IG Metall-Funktionäre, die im Sinne des SED-Regimes gegen den Vorstand der IG Metall agierten, wurden ihrer Ämter enthoben.



Otto Brenner (Zeichnung)

Text und Konzeption: Dr. Marcel vom Lehn, Nele Diekmann und Reinhard Schwitzer

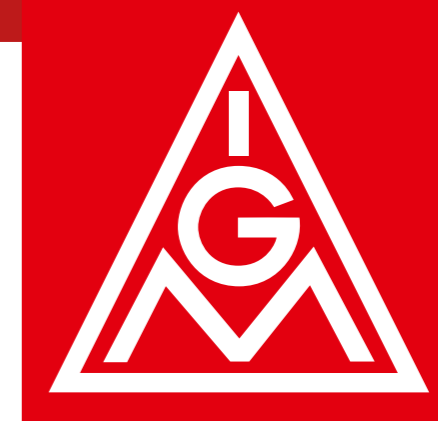
Bildnachweis: Historisches Museum Hannover (Hermann Bode, Bezirksleiter der IG Metall Otto Brenner, Polizeieinsatz gegen Demonstranten, VW-Betriebsgelände, Hanomag-Betriebsgelände, Demonstration von Hanomag-Beschäftigten 1972, Historische Aufnahme Eisenwerk Wülfel, Endbänder im VW-Transporterwerk 60er-Jahre), Reinhold Fahlbusch (Bunt statt Braun 2015-01-12), Michael Frank (Das neue Gewerkschaftshaus Postkamp 12). Alle weiteren Bilder entstammen dem Archiv der IG Metall Hannover.

Verwendete Literatur: Hannover überrascht. IG Metall-Geschichte(n) aus der Welfenstadt, Hannover 2014; J. Becker/H. Jentsch, Otto Brenner. Eine Biografie, Göttingen 2007; A. C. Berlit, Notstandskampagne und Rote-Punkt-Aktion, Bielefeld 2007; H. Görg/M. Reipsch, Lastkraftwagen von Hanomag, Bielefeld 2006; M. Grieger/M. Lupa, Vom Käfer zum Weltkonzern, Wolfsburg 2014; H. O. Hemmer/S. Mielke (Hg.), Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1990; R. Kalbitz, Die Ära Otto Brenner in der IG Metall, Frankfurt/M. 2001; K. Mlynek/W. R. Röhrbein (Hg.), Stadtlexikon Hannover, Hannover 2009; A. Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, München 2004; M. Schwibbe u. a. (Hg.), Zeit-Reise. 900 Jahre Leben in Hannover, Hannover 2008; Erdmann Thiele (Hg.), Telefonken nach 100 Jahren, Berlin 2003.

IG Metall Hannover, 2016.

70 Jahre

IG Metall Hannover (1945–2015)



| Hannover

Belebung gewerkschaftlicher Frauenarbeit: Internationaler Frauentag und Frauenförderprogramme

Ursula Ibler, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, zog für ihren Fachbereich Frauenarbeit Mitte der 70er-Jahre eine bittere Bilanz: Frauen hatten nach wie vor eine schlechtere Ausbildung als Männer, geringere Aufstiegschancen, eine schlechtere Entlohnung und niedrigere Renten. Alle Konferenzen hatten daran nichts geändert. Daher suchten die Kolleginnen in der IG Metall ein starkes Symbol, um für die Rechte der Arbeitnehmerinnen zu kämpfen. Sie fanden es in der Geschichte: den Internationalen Frauentag am 8. März.



Historisches Plakat zum Internationalen Frauentag

Der Internationale Frauentag war erstmals 1911 gefeiert worden. Damals ging es um den Kampf für das Frauenwahlrecht, aber auch um die Gleichstellung von Frauen im Allgemeinen. Durch die Spaltung der Arbeiterbewegung entstanden in der Weimarer Republik getrennte sozialdemokratische und kommunistische Frauentage. Einen gewerkschaftlichen Frauentag gab es seitdem hingegen nicht mehr. Nach dem Zweiten Weltkrieg verlor er auch in der SPD an Bedeutung.

Die Wiederbelebung des Internationalen Frauentages stieß daher Ende der 70er-Jahre in der Bundesrepublik auf viele Widerstände: Die Initiatorinnen von 1911, Clara Zetkin und Käthe Duncker, hatten sich nach dem Ersten Weltkrieg in der KPD engagiert. In der DDR war der 8. März ein offizieller Gedenktag. So galt der Frauentag als kommunistisch. Doch seit 1979 gelang es der IG Metall gemeinsam mit dem DGB, den Internationalen Frauentag wieder als einen gewerkschaftlichen Kampftag zu etablieren.

Auch in Hannover setzten sich Frauen der IG Metall für den Internationalen Frauentag ein. Der damalige Bevollmächtigte

Claus Wagner organisierte am 8. März 1980 zu diesem Thema eine öffentliche Veranstaltung im NDR-Funkhaus, für die er auch die Vizepräsidentin des Bundestages, Annemarie Renger (SPD), gewann. Am 8. März 1981 fand daraufhin erstmals ein Internationaler Frauentag im Freizeithaus Linden statt.

Mehrere Jahre lang war die Veranstaltung ein großer Erfolg. Ausländische Kolleginnen beteiligten sich zahlreich mit ihren Familien. In den 90er-Jahren ging die Beteiligung jedoch zurück. Stattdessen wurden einzelne Aktivitäten wie das Frauenfrühstück oder das „Round-Table-Gespräch von Frauen für Frauen“ wichtiger.



Der Kampf für die Gleichberechtigung von Arbeitnehmerinnen geht bei der IG Metall Hannover aber darüber hinaus: Eine besondere Initiative ist das Förderprogramm für Betriebsrätinnen und Vertrauensfrauen in Unternehmen. 15 Kolleginnen aus zehn Betrieben belegten 2015 bildungspolitische Wochenendmodule und zahlreiche Abendveranstaltungen. Gezielt bereiteten sie sich auf künftige qualifizierte Betriebsrätstätigkeiten vor. Damit sorgte die IG Metall bei Gewerkschaftern im ganzen Bundesgebiet für Aufsehen. Fortsetzungen sind geplant.

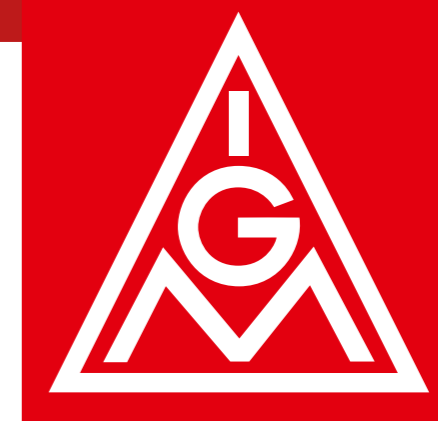
Teilnehmerinnen des Frauenförderprogramms
mit Dennis Olsen



Internationaler Frauentag im Freizeithaus Linden

70 Jahre

IG Metall Hannover (1945–2015)



| Hannover

Gedenken an die Opfer und Mahnung für die Zukunft – die Erinnerungsarbeit der IG Metall Hannover



Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag der Erschießungen von Zwangsarbeitern auf dem Seelhorster Friedhof

Am 6. April 1945 brachten Angehörige der Gestapo-Leitstelle Hannover 155 Zwangsarbeiter auf den Seelhorster Friedhof. Es waren vor allem sowjetische Kriegsgefangene. Der Zweite Weltkrieg war längst verloren und der Untergang der NS-Herrschaft nur noch eine Frage von Tagen. US-amerikanische Truppen hatten Hannover bereits eingekesselt. Doch ein Kommando aus SS-Männern, die sich freiwillig gemeldet hatten, ermordete die Zwangsarbeiter und verscharrte sie in einem Massengrab.

Nur einem der Opfer, dem sowjetischen Hauptmann Peter Palnikow, gelang die Flucht. Er informierte die Alliierten, die Hannover bereits vier Tage später besetzten. Diese zwangen daraufhin stadtbekannt NS-Größen, die Opfer zu exhumieren. Offene Lastwagen fuhren die Leichen durch die Stadt, damit niemand die Morde leugnen konnte. Die Zwangsarbeiter sollten nicht verschwunden bleiben, sondern wurden im Stadtkern von Hannover bestattet: Am Maschsee, in Sichtweite des Rathauses, fanden die Ermordeten in Einzelgräbern ihre letzte Ruhestätte.

Die IG Metall Hannover kümmert sich seit Jahrzehnten um das Andenken dieser Opfer der NS-Gewaltherrschaft. Im Jahr 2002 errichtete sie auf eigene Initiative eine 1,80 Meter hohe Stele an dem Ort, an dem die 153 Männer und eine Frau erschossen wurden. Historikerinnen und die Stadtverwaltung beteiligten sich an der Schaffung dieses Mahnmals. Mit einer gemeinsamen Veranstaltung erinnern dort jeden 6. April die IG Metall, die Stadt Hannover und Vertreter der Russischen Föderation an das Massaker.

Dieses Engagement ist Teil der breit angelegten Erinnerungsarbeit der IG Metall Hannover. Der Einsatz für Völkerverständigung, Frieden und Abrüstung ist ebenso in ihrer Satzung verankert wie der Kampf gegen Neonazismus und Militarismus. So beteiligt sich die IG Metall Hannover am Antikriegstag, den der DGB seit 1957 am 1. September, dem Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs, begeht. Seit der Jahrtausendwende hat die IG Metall Hannover ihre Erinnerungsarbeit weiter verstärkt.

So stieß sie die Gestaltung eines Mahnmals für die Opfer des Frauen-Konzentrationslagers „Brinker Hafen“ an. Dorthin waren 500 Frauen deportiert worden, die sich im Sommer 1944 an Protesten im deutsch besetzten Warschau beteiligt hatten. Als Zwangsarbeiterinnen mussten sie Schwerstarbeit in der Rüstungsproduktion leisten. Zwei Überlebende konnten am 8. Mai 2003 bei der Einweihung des Mahnmals in Hannover teilnehmen.

Darüber hinaus betreut die IG Metall weiterhin den Ehrenfriedhof am Maschsee, auf dem die Opfer der Erschießungen vom 6. April 1945 mit weiteren 232 Menschen beigesetzt wurden, die in den NS-Lagern Ahlem, Misburg, Mühlenberg und Stöcken ums Leben kamen. Seit 2011 finden dort am 8. Mai regelmäßige Gedenkveranstaltungen statt, bei denen Jugendliche aus Deutschland und anderen Ländern gemeinsam das Gedenken auf dem Ehrenfriedhof gestalten. Diese Erinnerungsarbeit hat besondere aktuelle Bedeutung, da Rechtsextreme das 1947 geschaffene Mahnmal am Ehrenfriedhof Maschsee immer wieder angegriffen und beschmiert haben.



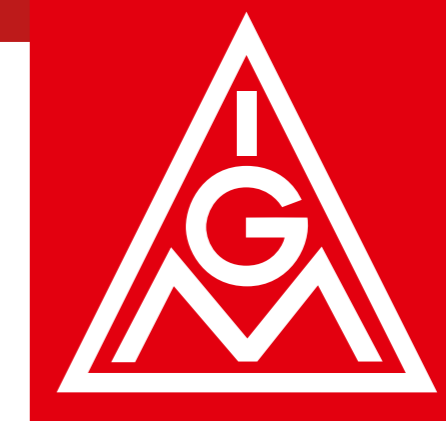
Die IG Metall-Jugend lässt Friedenstauben vor dem Mahnmal am Maschsee aufsteigen.



Das Mahnmal am Maschsee

70 Jahre

IG Metall Hannover (1945–2015)



| Hannover

Erfolg auch in der Wirtschaftskrise: Der Streik im Kfz-Handwerk 1983

Am 19. September 1983 war es soweit: Die IG Metall rief zum Streik im niedersächsischen Kfz-Handwerk auf. Durch die Einführung neuer Lohngruppen sollten die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten verbessert werden. Hannover war ein Schwerpunkt dieses Arbeitskampfes, der vier Wochen dauern und mit härtesten Bandagen geführt werden sollte.

Die Aussichten waren alles andere als rosig. Niedersachsen litt besonders unter der wirtschaftlichen Strukturkrise, die die westliche Welt seit den 70er-Jahren erfasst hatte. Viele industrielle und handwerkliche Arbeitsplätze fielen weg. In dieser Phase versuchte der Arbeitgeberverband im niedersächsischen Kfz-Handwerk, Arbeitnehmerrechte aufzuweichen.

Zwar waren die Arbeitgeber zu Lohnerhöhungen bereit, berücksichtigten aber nicht die verschiedenen Qualifikationsniveaus ihrer Beschäftigten. Anspruch auf eine tariflich abgesicherte höhere Lohnstufe hatten nur Führungskräfte. Verdiente hingegen ein Geselle mit mehreren Jahren Arbeitserfahrung durch freiwillige Zulagen mehr als den tariflich vereinbarten Ecklohn, konnte der Arbeitgeber diesen höheren Lohn mit einer Tarifsteigerung verrechnen. Der Gesamtlohn verbesserte sich in der Folge kaum.

Vergeblich verlangte die IG Metall 1983 die tarifliche Absicherung der unterschiedlichen Lohnstufen. Die Arbeitgeber wussten: Ein Streik im Kfz-Handwerk war besonders schwierig. Zwar gab es in Niedersachsen 3.600 Kfz-Betriebe, aber die meisten waren kleine Familienunternehmen. Erreichbar waren für die Gewerkschaft nur 140 größere Firmen, in denen allerdings viele Beschäftigte Angst um ihren Arbeitsplatz hatten.



Broschüre „Der Streik im Kfz-Handwerk Niedersachsen 1983“



Urabstimmung im Freizeitheim Stöcken

Doch die organisierten Kfz-Handwerker stimmten mit großer Mehrheit für den Arbeitskampf und hielten ihn durch. In Hannover wurden zunächst fünf Kfz-Betriebe bestreikt (Petermax Müller, Reinhard & Sebesse, Gessner & Jacobi, Bartels, Hachmeister), bis Streikende stieg die Zahl auf zwölf. In den meisten kam die Arbeit zum Erliegen. Bei drei Werkstätten, wo nicht organisierte Beschäftigte den Betrieb aufrechterhielten, eskalierte die Situation mehrfach. Einmal wollten nicht organisierte Monteure offenbar aus Furcht um ihren Arbeitsplatz sogar mit Gewalt gegen ihre streikenden Kollegen vorgehen.

Streikposten zogen vor die Werkeinfahrten, informierten über ihre Ziele und verzögerten dadurch den Kundenverkehr. Hatten die gewerkschaftlich organisierten VW-Fahrer dafür meist Verständnis, reagierten die Nutzer manch anderer Automarke gereizt. Angeheizt von den Geschäftsführungen der Kfz-Betriebe versuchten sie die zügige Durchfahrt aufs Werkgelände zu erzwingen, mehrere Male wurden Streikposten angefahren. Arbeitgeber drohten Auszubildenden, die sich aus Solidarität am Streik beteiligten, mit der fristlosen Kündigung.

Doch dies zwang die IG Metall nicht in die Knie, im Gegenteil: Die Gewerkschaft gewann neue Mitglieder hinzu und erfuhr die Solidarität anderer Gewerkschaften aus der gesamten Bundesrepublik. Dank des langen Atems der IG Metall kehrten die Arbeitgeber schließlich an den Verhandlungstisch zurück. Am 16. Oktober 1983 einigten sich beide Seiten auf einen Kompromiss, der die Einführung einer neuen Lohnstufe für Gesellen mit mehrjähriger Arbeitserfahrung vorsah. Die IG Metall hatte nicht nur ihre Kampfkraft im Kfz-Handwerk gesichert, sondern bewiesen, dass Gewerkschaften ihre Ziele auch in Krisenzeiten erreichen können.